

# BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

18. Wahlperiode

# AUSSCHUSSPROTOKOLLE

A/HaFA (Land)

25. Sitzung

07.05.13

## Haushalts- und Finanzausschuss

(Land)

25. Sitzung

am 7. Mai 2013

im Haus der Bürgerschaft

Anwesend: Abg. Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)  
Abg. Frau Garling (SPD)  
Abg. Hinners (CDU)  
Abg. Kau (CDU)  
Abg. Liess (SPD)  
Abg. Frau Piontkowski (CDU), Vorsitzende  
Abg. Tsartilidis (SPD)  
Abg. Willmann (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Herr Dr. Sommer	)	von der Senatskanzlei
Frau Dr. Brockmüller	)	vom Rechnungshof der Freien Hansestadt Bremen
Staatsrat Lühr	)	
Frau Bleiker	)	
Herr Dagge	)	
Frau Dillenburger	)	
Herr Fehren	)	
Herr Knoop	)	
Herr Meyer	)	von der Senatorin für Finanzen
Frau Dr. Saebetzki	)	
Herr Sommer	)	
Herr Trottnow	)	
Herr Voss	)	
Frau Willenborg	)	

Herr Wiatrek		vom Senator für Inneres und Sport
Frau Moning		von der Senatorin für Bildung und
Herr Helmbrecht	)	
Frau Lübben	)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit
Frau Pape	)	und Häfen
Herr Ullrich	)	
Herr Schmidt	)	
Herr Zech	)	
Herr Fischer		WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH
Herr Radtke	)	vom Gesamtpersonalrat für das Land
Herr Winsemann	)	und die Stadtgemeinde Bremen
Herr Dr. Restat		von der Fraktion DIE LINKE
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei als Assistent des Ausschusses

## Öffentlicher Teil

Abg. Frau Pionkowski eröffnet die Sitzung um 14.35 Uhr und fragt, ob es Einwände gegen die Tagesordnung gibt.

**Abg. Fecker** bittet im Namen der Regierungsfractionen darum, den Tagesordnungspunkt II. 4.1 - Berichtsbitte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land) am 12. April 2013, Hier: Umsetzung des haushaltsbegleitenden Beschlusses zur Bürgerschaftsbibliothek - bis zur nächsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses auszusetzen. Eine abschließende Bewertung des Vorgangs sei erst nach ergänzender Übersendung der Anschreiben der Bürgerschaftskanzlei an die Stadtbibliothek, den Senator für Justiz und Verfassung (Landgerichtsbibliothek) und die Staats- und Universitätsbibliothek möglich.

**Abg. Kau** regt an, die Vorlage um eine Wirtschaftlichkeitsanalyse zu ergänzen, in der die Kosten der Bibliothek (Personal- und Sachkosten) und die tatsächliche Nutzungsintensität der Bibliothek durch die Abgeordneten bzw. sonstigen Personen gegenübergestellt werden sollen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt einstimmig, die Beratung des Tagesordnungspunkts II. 4.1 - Berichtsbitte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land) am 12. April 2013, Hier: Umsetzung des haushaltsbegleitenden Beschlusses zur Bürgerschaftsbibliothek - bis zu seiner Sitzung am 14. Juni 2013 auszusetzen und bittet den Vorstand der Bremischen Bürgerschaft um ergänzende Übersendung der Anschreiben der Bürgerschaftskanzlei an die Stadtbibliothek, den Senator für Justiz und Verfassung (Landgerichtsbibliothek) und die Staats- und Universitätsbibliothek, sowie Erarbeitung einer Wirtschaftlichkeitsanalyse, in der die Kosten der Bibliothek (Personal- und Sachkosten) und die tatsächliche Nutzungsintensität der Bibliothek durch die Abgeordneten bzw. sonstigen Personen gegenübergestellt werden.

### I. Protokoll

#### 1. Protokoll der 24. Sitzung am 12. April 2013

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) genehmigt das Protokoll der 24. Sitzung am 12. April 2013.

## II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

### 1. Überweisungen aus dem Plenum

#### 1.1 Modellprojekt „Anonymisiertes Bewerbungsverfahren“ starten - Vorlage: Drs. 18/760 vom 12. Februar 2013 -

**Abg. Frau Piontkowski** berichtet über eine gemeinsame Besprechung von Vertretern der mit diesem Antrag befassten Ausschüsse/Deputationen unter Beteiligung des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft. Die Besprechung habe am 7. Mai 2013 unter Teilnahme von Frau Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen), Frau Tuchel (SPD), Herrn Dr. Lukaßen (Vertreter des Sozialressorts), Frau Grotheer-Hüneke (in Vertretung des erkrankten Bürgerschaftspräsidenten), Herrn Möhle (SPD und Sprecher der Sozialdeputation), Staatsrat Lühr (Finanzressort) und Frau Piontkowski (CDU) stattgefunden.

Im Rahmen der Besprechung zur weiteren Vorgehensweise habe Staatsrat Lühr ausführlich über die aktuellen Bemühungen des Senats, den Bremischen öffentlichen Dienst verstärkt für Menschen mit Migrationshintergrund zu öffnen, berichtet. In der Diskussion sei auch auf aktuelle Bemühungen des Landes Nordrhein-Westfalen zur weiteren interkulturellen Öffnung der dortigen Landesverwaltung - beratend unterstützt durch ein Institut - hingewiesen worden.

**Abg. Frau Piontkowski** erklärt, die Teilnehmer der Beratungsrunde hätten hinsichtlich des Antrages im Zusammenhang mit den Ausführungen des Staatsrates Lühr weiteren Beratungsbedarf gesehen. Insbesondere sei zu klären, ob die Durchführung anonymisierter Bewerbungsverfahren die aktuellen Bemühungen des Senates, verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst zu gewinnen, gefährden, da solche Bewerbungen in einem anonymen Verfahren gegebenenfalls nicht mehr ausreichend erkennbar seien. Sie regt deshalb an, die allgemeine Diskussionsgrundlage bezüglich dieses Antrages durch Anhörung des in Nordrhein-Westfalen in diesem Zusammenhang beratend tätigen Instituts sowie eines Vertreters des Landes Nordrhein-Westfalen im staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss zu verbessern. Eine solche Anhörung könne unter Beteiligung der anderen mit diesem Antrag befassten Ausschüsse sowie des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft und des Staatsrates Lühr,

der in diesem Zusammenhang nochmals über die Bemühungen des Senats berichten soll, stattfinden. Auch sei eine Einbindung des Gesamtpersonalrats bei den Beratungen dieses Antrages durch den Status eines ständigen Gastes im Haushalts- und Finanzausschuss sichergestellt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) setzt die Beratung des Tagesordnungspunktes aus.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Ausschussassistentin Kontakt zu dem Nordrhein-Westfalen beratenden Institut und einem instruierten Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen aufzunehmen, deren Bereitschaft zur Teilnahme an einer Anhörung abzuklären und im Falle einer positiven Rückantwort um Terminorganisation zu einer gemeinsamen Anhörung.

## **2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss**

### **2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse - Vorlage mit Stand der Sitzung vom 8. März 2013 -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Liste zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen, die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

## **3. Angelegenheiten aus anderen Fachausschüssen, insbesondere aus dem Ausschuss für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit**

- keine Vorlagen -

## **4. Sonstiges**

### **4.1 Berichtsbitte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land) am 12. April 2013 Hier: Umsetzung des haushaltsbegleitenden Beschlusses zur Bürgerschaftsbibliothek**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde ausgesetzt.

#### 4.2 Termine 2014 - Entwurf - Vorlage vom 25. April 2013 -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt für das Kalenderjahr 2014 die in der **Anlage 1** zu diesem Protokoll benannten Sitzungstermine.

### III. Initiativen des Senats

#### 1. Gesetze/Ortsgesetze, Steuern etc.

- keine Vorlagen -

#### 2. Europaangelegenheiten

- keine Vorlagen -

#### 3. (Controlling-) Berichte/DHS

##### 3.1 Mittelfristige Investitionsplanung und deren Finanzierung Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 5. Dezember 2012 - Berichtsbitte Nr. 75 der Auftragsliste - - Vorlage 18/291 L -

**Abg. Liess** und **Abg. Fecker** regen in Anbetracht der Abwesenheit des Abg. Rupp an, diesen Tagesordnungspunkt bis zur nächsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land) auszusetzen.

**Abg. Frau Piontkowski** fragt, in welcher Höhe Investitionsausgaben im Planungszeitraum der mittelfristigen Investitionsplanung bereits zum heutigen Zeitpunkt gebunden sind und welcher Gestaltungsspielraum für den Haushaltsgesetzgeber diesbezüglich überhaupt noch besteht. Sie bittet um Beantwortung durch Ergänzung der Vorlage zur nächsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land).

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) setzt die Beratung des Tagesordnungspunktes aus.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen, die Vorlage um die Angabe der bereits im Planungszeitraum gebundenen Investitionsmittel und des sich daraus ergebenden Gestaltungsspielraums des Haushaltsgesetzgebers zur nächsten Sitzung zu ergänzen.

**3.2 Stärkung des Werftenstandortes Bremerhaven  
Verkauf der Anteile der WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH („WFB“)  
an der Lloyd Investitions- und Verwaltungs GmbH und der Lloyd Werft  
Bremerhaven AG an die BLG Logistics Group AG & Co. KG („BLG“)  
- Vorlage 18/292 L -**

**Abg. Liess** fragt, ob der Verkauf der Anteile der WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH („WFB“) an der Lloyd-Investitions- und Verwaltungs GmbH und der Lloyd-Werft Bremerhaven AG an die BLG Logistik Group AG & Co KG „BLG“ beihilferechtlich und damit europarechtlich relevant ist.

**Herr Ulrich** antwortet, der Verkauf verstoße nicht gegen das Beihilferecht. Die Wertermittlung und damit die Bestimmung des Gesamtkaufpreises beruhen auf Gutachten, die Weltmarktpreise zugrunde gelegt haben.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig dem Verkauf der Anteile der WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH („WFB“) von jeweils 13,16 Prozent an der Lloyd Werft Bremerhaven AG und der Lloyd Investitions- und Verwaltungs GmbH sowie der Abtretung des Gesellschafterdarlehens durch die WFB an die BLG gegen Zahlung eines Kaufpreises von 4,8 Mio. Euro zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt zur Kenntnis, dass die WFB nach Vorlage und Prüfung eines technischen und wirtschaftlichen Konzeptes beabsichtigt, sich an der neu zu gründenden Dock III Kaiserhafen GmbH & Co. KG unter Gewährung eines Kommanditanteils von bis zu 24,9 Prozent des gesamten Kommanditkapitals zu beteiligen.

**3.3 Universum Bremen  
Nachhaltiges Ausstellungs- und Finanzierungskonzept  
- Vorlage 18/296 L -**

**Abg. Frau Piontkowski** kritisiert, dass die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt mit einem Umfang von 75 Seiten die Ausschussmitglieder erst am Vortage per Mail und in Papierform erst unmittelbar vor der Sitzung erreicht habe und aus diesem Grunde für den Ausschuss kaum die Möglichkeit bestehe, sich vertieft mit dem Inhalt der Vorlage zu befassen. Zukünftig müsse dem Ausschuss eine derart wichtige Vorlage mit ausreichendem Vorlauf zur Verfügung gestellt werden.

**Abg. Frau Piontkowski** fragt, ob zum Ausgleich des festgestellten jährlichen Defizits auch eine Erhöhung der Eintrittsgelder in Erwägung gezogen wurde.

**Frau Dr. Lübben** antwortet, dass eine Erhöhung der Eintrittsgelder beabsichtigt und diese bereits Gegenstand der Finanzplanung sei. Insoweit sei vorgesehen, die Eintrittsgelder nach Fertigstellung der beiden Bauabschnitte um einen Betrag von 1,50 Euro zu erhöhen.

**Abg. Liess** unterstützt die Kritik der Abg. Frau Piontkowski an der verspäteten Übersendung der Vorlage. Es sei grundsätzlich nicht hinnehmbar, eine Vorlage von diesem finanziellen Gesicht und inhaltlichem Umfang erst unmittelbar vor der Ausschusssitzung zu erhalten. In der Sache fragt der **Abg. Liess** unter Hinweis auf Ziff. 4 der Beschlussempfehlung, ob im Falle der Umsetzung des vorgestellten Ausstellungs- und Finanzierungskonzeptes Investitionen in der Überseestadt entfallen.

**Herr Helmbrecht** antwortet, es sei nicht beabsichtigt, zur Gegenfinanzierung des Ausstellungs- und Finanzierungskonzeptes Investitionsvorhaben des Sondervermögens Überseestadt zu streichen. Zum Ausgleich der benötigten Verpflichtungsermächtigung werde lediglich vorläufig die entsprechende Verpflichtungsermächtigung der Haushaltsstelle 3708/884 39-0 (Investitionsmittel des Sondervermögens Überseestadt) in erforderlicher Höhe herangezogen. Soweit das Sondervermögen Überseestadt diese entnommenen Mittel selbst benötige, werde die Verpflichtungsermächtigung durch das Finanzressort entsprechend angepasst.

**Abg. Liess** erklärt, die in der Beschlussempfehlung zu Ziffer 5 vorgeschlagenen Berichtszeiträume erst Anfang 2016 und Anfang 2019 seien zu lang bemessen. Aus seiner Sicht müsse bereits im Herbst 2013 über die organisatorische Neuaufstellung des Universums Bremen berichtet werden. Über die verausgabten Investitionskosten, die laufenden Betriebskosten und Einnahmen, die Besucherzahlen und den Zuschuss je Besucher sollte bereits ab Mitte 2014 jährlich berichtet werden.

Auf weitere Nachfrage der **Abg. Frau Piontkowski** erklärt Frau Dr. Lübben, das Ausstellungs- und Finanzierungskonzept sei auch unter beihilfe-



und umsatzsteuerrechtlichen Aspekten hin geprüft. Rechtliche Probleme habe man dabei nicht festgestellt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt die Deputationsvorlage einstimmig zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig zu, dass zur Aufrechterhaltung des Betriebes die bestehenden finanziellen Verpflichtungen mit einem Einmalbetrag in Höhe von 1,02 Mio. Euro abzulösen sind.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig zu, dass die BSC zu 100 Prozent die Gesellschafteranteile der UMG zum Preis von 1 Euro übernimmt und die UMG als eigene Tochter hält.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) stimmt einstimmig dem als Anlage 5 der Deputationsvorlage beigefügten Antrag auf Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 3754/891 20-2, Zuschüsse für attraktivitätssteigernde Maßnahmen, in Höhe von 4.200.000 Euro zu. Zum Ausgleich der benötigten VE wird die entsprechende VE der Haushaltsstelle 3708/884 39-0, An das Sondervermögen Überseestadt für Investitionen, in der erforderlichen Höhe herangezogen. Die Abdeckung dieser VE wird in 2014 und 2015 aus der Haushaltsstelle 0709/888 55-2, EU-Programme EFRE 200 bis 2013 - investiv -, vorgenommen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet um einen schriftlichen Bericht über die organisatorische Neuaufstellung des Universum Bremen im Herbst 2013 und ab Mitte 2014 jährlich um einen weiteren schriftlichen Bericht über die verausgabten Investitionskosten, die laufenden Betriebskosten und Einnahmen, die Besucherzahlen und den Zuschuss je Besucher.

### **3.4 Prüfung der Rekommunalisierung bzw. Teilrekommunalisierung der Energienetze**

**hier: Sachstandsbericht**

**- Vorlage 18/297 L -**

Auf Nachfrage der **Abg. Frau Piontkowski** erklärt **Herr Meyer** auch im vertraulichen – nicht öffentlichen Teil der Sitzung – könne zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine weitergehende Auskunft zum Sachstand gegeben werden.

**Staatsrat Lühr** ergänzt, dass im Anbetracht des gegenwärtig laufenden Verfahrens auch Erklärungen zum Wert des Netzes beziehungsweise der Anzahl möglicher Bieter nicht möglich seien.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen um einen neuen Sachstandsbericht zur Sitzung am 8. November 2013.

**4. Angelegenheiten der Eigengesellschaften, Eigenbetriebe, allgemeine Vermögensangelegenheiten**

- keine Vorlagen -

**5. Vollzug der Haushalte  
Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen,  
sonstige Vollzugsangelegenheiten**

**5.1 Anträge auf Nachbewilligung auf den Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 2012**

- keine Vorlagen -

**5.2 Anträge auf Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung (VE)**

- keine Vorlagen -

**5.3 Anträge auf Sperrenaufhebung**

- keine Vorlagen -

**5.4 Sonstige Vollzugsangelegenheiten**

- keine Vorlagen -

## 6. Personalhaushalt/Stellenplan

### 6.1 **Finanzielle Überbrückung im Personalbudget im Produktplan Bildung für die Jahre 2012/2013**

**hier: Bericht über den Abbau des Überhangs und Vorlage eines Konzeptes zur Finanzierung**

**- Berichtsbitte Nr. 61 der Auftragsliste -**

**- Vorlage 18/298 L -**

**Abg. Frau Piontkowski** fragt, ob die in der Vorlage genannten Mehreinnahmen aus einem Gastschulgeldvertrag mit Cuxhaven auch tatsächlich eingenommen werden können.

**Frau Moning** antwortet, dass derzeitig aus einem bestehenden Vertragsverhältnis heraus mit dem Land Niedersachsen über die Höhe der Gastschulgelder verhandelt werde. Die Realisierung von Mehreinnahmen aus dem Gastschulgeldvertrag sei allerdings sicher, da gegenwärtig mehr niedersächsische Kinder bremische Schulen als umgekehrt bremische Kinder niedersächsische Schulen besuchen würden. Insgesamt gehe es um 2.165 Schüler/innen. Ein Drittel der Kinder aus Förderschulen kämen aus Niedersachsen. Auf ergänzende Nachfrage der **Abg. Frau Piontkowski** erklärt **Frau Moning**, man nehme gegenwärtig Gastschulgelder in Höhe eines Betrages von 4 Mio. Euro ein. Angestrebt sei eine Einnahmensteigerung von 400.000 €.

**Staatsrat Lühr** ergänzt, die Realisierung der Mehreinnahmen erfolge im Grundsatz durch eine aktuell zur Anwendung kommende Indexklausel des Gastschulgeldvertrages und nicht unmittelbar durch eine Erhöhung der Gastschüleranzahl. Daneben bemühe sich aktuell das Land Bremen in Verhandlungen mit dem Land Niedersachsen um eine allgemeine Erhöhung der Gastschulgelder. Die gegenwärtige Zahlung eines Gastschulgeldes in Höhe von 1.800,- Euro pro Schüler sei insbesondere im Vergleich zum Grenzverkehr zwischen Niedersachsen und Hamburg und der dortigen Zahlung eines Gastschulgeldes in Höhe von 3.000,- Euro pro Schüler nicht mehr angemessen.

**Frau Moning** ergänzt, es existiere aktuell ein Vertrag zwischen dem Land Bremen und Land Niedersachsen, der ca. 2.000 niedersächsische Gastschüler erfasse. Daneben gebe es weitere Einzelverträge zwischen der Stadtgemeinde Bremerhaven und Cuxhaven beziehungsweise anderen

niedersächsischen Gemeinden über Gastschulverhältnisse. Es müsse daher davon ausgegangen werden, dass derzeitig mehr als ca. 2.000 niedersächsische Gastschüler bremische Schulen besuchen.

Auf Nachfrage von **Frau Piontkowski** erklärt sich **Frau Moning** bereit, die genaue Gesamtanzahl der niedersächsischen Gastschüler und die einzelnen aus den unterschiedlichen Verträgen zu zahlenden Gastschulgelder unter Benennung der konkreten Vertragsverhältnisse in einer Übersicht, die als **Anlage 2** zum Protokoll genommen werden soll, zusammenzustellen.

**Abg. Willmann** fragt unter Hinweis auf die Vorlage, ob auch in der Stadtgemeinde Bremerhaven alle zur Unterrichtsversorgung erforderlichen Stellen in den Schulen wiederbesetzt werden.

**Frau Moning** erklärt, dass der Schuldezernent der Stadtgemeinde Bremerhaven, Herr Frost, der Senatorin für Bildung und Wissenschaft versichert habe, dass die in der Vorlage dargestellten Maßnahmen ausreichend seien, um im Schuljahr 2013/2014 auch dort alle zur Unterrichtsversorgung erforderlichen Stellen wiederbesetzen zu können.

**Herr Radtke** merkt an, dass aus Sicht des Gesamtpersonalrats ein Rückbau der 110 Stellen nicht in Betracht komme. Diese seien zur Sicherstellung eines entsprechenden Bildungs- und Klassenniveaus und Schaffung angemessener Arbeitsbedingungen für die Lehrerinnen und Lehrer auf Dauer zu erhalten.

**Abg. Frau Piontkowski** erläutert in diesem Zusammenhang, dass die lediglich vorübergehende finanzielle Absicherung der Unterrichtsversorgung 2013/2014 zu Lasten anderer Maßnahmen, insbesondere der Einrichtung von Ganztagschulen gehe. Ganztagschulen seien ein wichtiger Standortfaktor für Bremen und für die Planungssicherheit berufstätiger Eltern unerlässlich.

**Abg. Willmann** merkt an, dass die Vorlage nicht das Ziel verfolge, vorhandene Strukturen abzubauen. Es sei stattdessen beabsichtigt, durch Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen letztlich mehr Haushaltsmittel für die Bildung aufzuwenden.

**Abg. Frau Piontkowski** erwidert, dass die eingeleiteten Maßnahmen nicht geeignet seien, Bremen für junge Familien attraktiver zu machen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) nimmt den bisherigen Umsetzungsstand zum Abbau des Stellenüberhangs zur Kenntnis.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) beschließt, den Berichtsauftrag Nr. 61 von der Auftragsliste zu streichen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) bittet die Senatorin für Finanzen, Beschlussvorschläge für die haushaltstechnische Umsetzung in der Juni-Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses nach Beschlussfassung durch die Bildungsdeputation vorzulegen.

#### **7. Prüfaufträge**

- keine Vorlagen -

#### **9. Sonstiges**

- keine Vorlagen -

### **IV. Verschiedenes**

(Schluss des öffentlichen Teils 15.14 Uhr)

Ausschussvorsitzende

Piontkowski

**Anlagen**